

TOP 1

**"Landesregierung ohne Plan: Genehmigung Datteln rechtswidrig erteilt,
Genehmigung Ochtrup rechtswidrig versagt, Novelle der Landesplanung
abgesagt."**

**Rede des
Abgeordneten der
SPD-Landtagsfraktion
Gerd Bollermann**

**anlässlich
der Plenarsitzung am 7. Oktober 2009**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

- Beim Thema Ochtrup und Datteln geht's auch darum, dass die verantwortliche Ministerin es in fast fünf Jahren nicht geschafft hat, ein zukunftsweisendes und verlässliches Landesplanungsrecht vorzulegen.
- Die Koalition verfolgt scheinbar auch nicht mehr, was sie sich zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommen hatte.

Ihr Koalitionsvertrag enthielt zwei zentrale Ankündigungen zur Landesplanung:

- 1) 'Die Novellierung des im April 2005 vom Landtag beschlossenen Landesplanungsgesetzes.'
- 2) 'Das Aufheben des Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan.'

Was ist aus der Novelle des Landesplanungsgesetzes geworden?

- Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Landesplanung im Jahr 2007 benutzt, um durch eine ab 2009 geänderte Regionalplanung die Oberbürgermeister im Ruhrgebiet zu entmachten.

Eine Novelle des Landesplanungsgesetzes war dies wahrlich nicht!

- Nach verschiedenen Ankündigungen beschließt erst am 31. März 2009 das Kabinett, die kommunalen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW anzuhören.

Wie weit ist die Regierung beim zusammen-fügen von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan gekommen?

- In das Landesentwicklungsprogramm wurde ein neuer § 24 a eingefügt. Aber selbst ein Minigesetz in Form eines halben Paragraphen ist Ihnen nach unserer Meinung handwerklich missglückt.
- Am 25.3.2008 informiert die Ministerin über eine zeitliche Verschiebung des Beteiligungsverfahrens zum neuen LEP. Der Grund für diese Verschiebung war ihr Versuch, die Kommunalwahl mit der Europawahl zusammenzulegen. Wegen der Beteiligungsnotwendigkeit der Kommunen haben Sie den LEP verschieben wollen. Zum Kommunalwahltermin hat der Verfassungsgerichtshof dann die Verfassungswidrigkeit festgestellt. Die Kommunalwahl war dann Ende August. Die Novelle des LEP wäre also möglich gewesen. Die Regierung Rüttgers hat sich aber selbst im Wege gestanden und den Planungsstillstand in NRW verschuldet.

Wir stellen fest:

- Landesplanerische Weichen wurden nicht gestellt;

- konzeptionelle Arbeit in der Landesplanung, Fehlanzeige.
- Im Ergebnis bedeutet dies:
 - 2005 bis 2008 waren für die Landesplanung verlorene Jahre,
 - 2009 wird beteiligt und diskutiert.
 - ob 2010 etwas konkret wird, bleibt abzuwarten.
- Dies alles hat mit zügiger und verlässlicher Politik für Landesplanung nichts zu tun.
- Stattdessen, und da schließt sich der Kreis zu Ochtrup und Datteln: Für das Land wichtige Industrieprojekte werden durch handwerkliche Fehler im Regierungshandeln gefährdet.
- Anstatt ein Planungsrecht zu gestalten, in dem unterschiedliche Raumnutzungsansprüche aufeinander abgestimmt werden, ein Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Strömungen, z.B. zwischen Ökonomie und Ökologie zu schaffen und auftretende Konflikte in geordneten Verfahren zu regeln, *verschieben und verzögern Sie Frau Ministerin.*
- Sie haben es zu verantworten, dass die Menschen und die Investoren nicht mehr darauf vertrauen können, dass es in NRW Planungssicherheit gibt. *Politik muss ihren Beitrag leisten, damit die notwendige Akzeptanz von industriellen Großprojekten bei den Menschen geschaffen wird.*
- Sie haben es zu verantworten, wenn durch den Verlust an Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit Investitionen in industrielle Großvorhaben nicht mehr stattfinden, wenn ggf. zukünftig Kraftwerksinvestitionen ins Ausland gehen. *Ein Rückgang wäre hier folgeschwer, insbesondere, wenn man an den nach der Krise sicher zu erwartenden Anstieg der Nachfrage denkt.*
- Und, Sie allein sind dann auch dafür verantwortlich, *wenn in der Folge dringend benötigte Arbeitsplätze hier in NRW verloren gehen.*
- Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU und FDP, warum sagen Sie in ihrem Antrag nicht klar und deutlich was Sie meinen!
- Sie fordern u. a. die Landesregierung auf, „sicherzustellen, dass auch in Zukunft die Realisierung von industriellen Großprojekten zur Stärkung des Industriestandortes NRW möglich ist.“

Das bedeutet doch soviel wie: „*Thoben mach endlich fettig!*“, wie man im Ruhrgebiet sagt. Ihrer Ministerin bescheinigen sie damit unzu-reichendes Engagement. Man könnte auch sagen: *mangelhaft – abtreten.*

- Nach meiner Meinung ist Frau Thoben nicht Landesplanungsministerin, sondern *Landesverhinderungsministerin.*
- Es muss jetzt Druck auf den Kessel kommen.
- Fangen Sie endlich an! Nutzen Sie die Ihnen noch verbleibende Zeit wenigstens für sinnvolle Vorarbeiten zu den wichtigen landesplanerischen Herausforderungen für NRW!
- NRW braucht ein modernes, zukunftsweisendes Landesplanungsgesetz, um Entwicklungen zu ermöglichen, Beteiligte zu schützen, Interessenausgleiche herbeizuführen, Konflikte zu minimieren und allen die erforderliche Rechtssicherheit zu geben!